

# Teufelszeug oder Chance?

Ha. Ztg. v. 13.09.11

Energiefirmen sichern Felder zur Gassuche / Umweltbundesamt hält Fracking für bedenklich

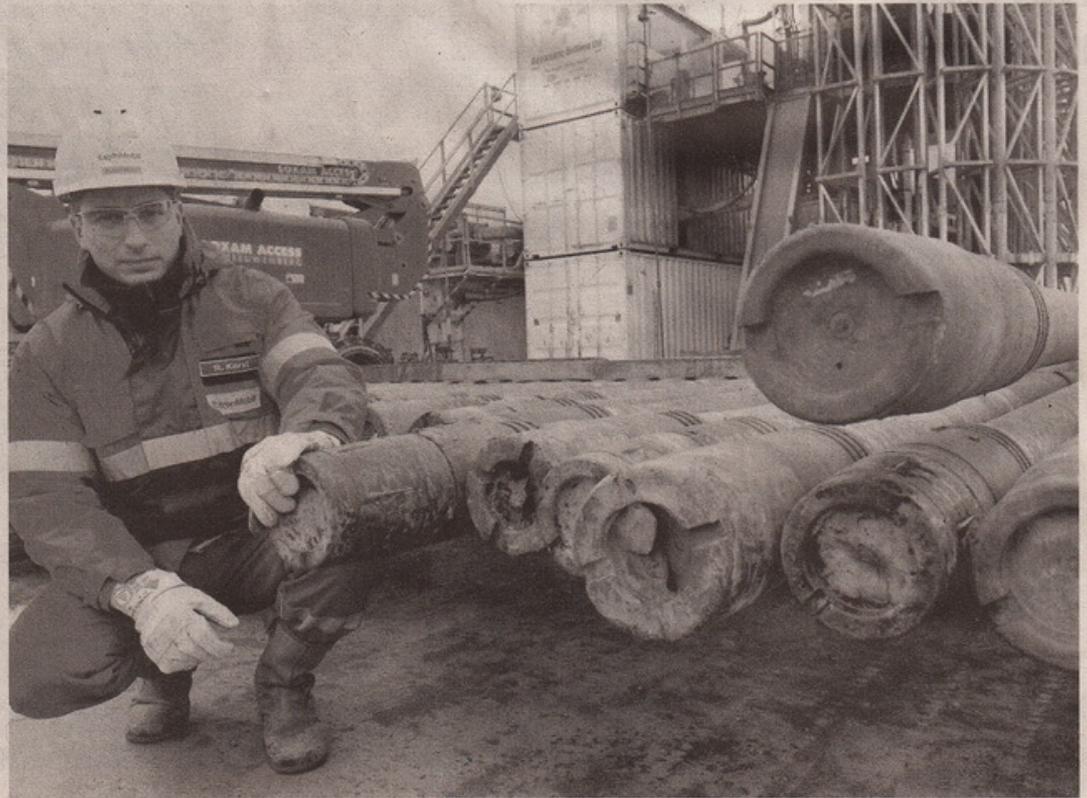
**REGION.** (thofe/dpa) Goldgräberstimmung bei den Erdgasfirmen: Ende Juli ging bei der zuständigen Bezirksregierung Arnberg der nächste Antrag zur Erkundung von unkonventionellen Erdgas-Lagerstätten ein. Das Interesse an Gasförderung aus dem Erdboden bleibt also ungebrochen groß. Inzwischen liegen zehn Anträge auf eine Aufsuchungserlaubnis von möglichen Erdgasfeldern vor – fünf davon berühren direkt den Kreis Recklinghausen.

In Teilen von Dorsten, Haltern, Marl, Recklinghausen und Oer-Erkenschwick liegen die Felder, in denen unkonventionelles Erdgas vermutet wird. Die Anträge besagen, dass die Firmen alleinig das Recht haben, unter diesen Flächen zu suchen. Entschieden wurde von der Bergbehörde bisher noch nichts, da es sich zum Teil um Konkurrenzanträge handelt, wie die Pressesprecherin der Bezirksregierung Arnberg, Julia Beuerlein, bestätigt. Da streiten sich zwei Firmen noch um ein Feld. Es kann sich aber nur eine Firma um ein Feld bewerben. Dabei bleibt die wichtige Fördermethode dieses Gases, das so genannte Fracking (**wir berichten**), weiterhin in der Kritik.

Schon lange gab es den Ruf nach einer Diskussion auf Bun-

## Reform der Bundesbergrechts?

desebene. Das jetzige Bundesbergrecht ist nach Ansicht vieler auf solche modernen (Förder-) Methoden überhaupt nicht vorbereitet. Die Forderung nach einer Reform des Bergrechts kam auch von der Landesregierung in Düsseldorf. Jetzt hat sich zum Fracking das Umweltbundesamt geäußert. Lange hatte es ja gedauert, bis sich Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) des Themas „Fracking“ angenommen hat. Auch das ihm untergeordnete Umweltbundesamt (UBA) in Dessau hatte lange Zeit überhaupt keine Ahnung, dass bereits mögliche Bohrgebiete für eine unkonventionelle Gasförderung abgesteckt werden. Das UBA hält Fracking jetzt aber für ein größeres Risiko als die unterirdische Speicherung des Klimakillers CO<sub>2</sub>. Eine Studie soll nun klären, ob



Bohrmeister Robert Kerst zeigt auf der Baustelle zur Erdgasprobebohrung des Energieerzeugers ExxonMobil in Lünne (Kreis Emsland) das Bohrgestänge vor. Foto dpa

bei der Förderung von Erdgas aus tiefen Gesteinsschichten Gefahren etwa für das Trinkwasser bestehen. Was für viele Teufelszeug ist, birgt aus Sicht der Energiekonzerne Chancen, Deutschland unabhängiger von Gasexporten zu machen. Und Tausende neue Arbeitsplätze könnten entstehen.

Bei der Fracking-Methode wird mit hohem Druck ein Wasser-Sand-Gemisch Hunderte Meter tief in den Boden gepresst, auch unter Zusatz von Chemikalien. So entstehen Risse, durch die das Gas entweichen kann. Bürgerbewegungen fürchten, dass Böden dabei mit giftigen Chemikalien verseucht werden.

Der Wirtschaftsverband der Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG) sagt, in Deutschland decke die Eigenproduktion von konventionellem Erdgas nur 15 Prozent des Verbrauchs. „Hier könnten heimisches Schiefergas und Kohleflözgas einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.“ Bei rund 300 Fracs, die in Deutschland bisher durchgeführt worden sind, „hat es keinen einzigen Fall mit einer Beeinträchtigung des Trinkwassers gegeben“, betont WEG-Fachmann Hartmut Pick. Zudem würden die Länder von

Förderabgaben auch finanziell profitieren. „In den letzten zehn Jahren waren dies über sieben Milliarden Euro“, so Pick – das Geld floss für die konventionelle Förderung.

Das niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) kommt allein für seinen Bereich bisher auf 130 Bohrungen und 260 Frac-Behandlungen. „In diesem Zusammenhang sind kei-

## In NRW nur ein Antrag auf Bohrung

ne Umweltschäden bekanntgeworden“, wird auch hier betont.

Die Interessengemeinschaft „Gegen Gasbohrungen“ verweist hingegen darauf, dass die neue, aus ihrer Sicht gefährliche Technik noch nicht lange angewendet wird und es weltweit Nachrichten von Kontaminationen gebe.

Dem Umweltbundesamt ist besonders der Fracking-Zusatz Octylphenol ein Dorn im Auge. „Von einigen Stoffen wissen wir, dass sie krebserregend sein können. Insbesondere ist eine Gefährdung des Grundwassers nicht auszuschließen“, sagt UBA-Präsident Jochen Flasbarth. Er rät zu Umweltverträglichkeits-Prüfungen bei

jeder Maßnahme und einer gesetzlichen Regelung. Es ist der klassische Konflikt Ökonomie versus Ökologie in Zeiten knapper werdender Rohstoffe. Gaskraftwerke sollen bei der Energiewende eine tragende Rolle spielen. Sie sind klimafreundlicher als Kohlekraftwerke und können flexibel auf die schwankende Stromerzeugung von Solar- und Windkraftanlagen reagieren. „Wir als Umweltbundesamt gehen davon aus, dass die Gefahren allein durch den Chemikalieneinsatz beim Fracking größer sind als bei CCS“, sagt Flasbarth. Damit spielt er auf das umstrittene Verfahren zur Abscheidung und unterirdischen Speicherung des Klimakillers CO<sub>2</sub> an. Umweltschützer wundern sich, dass Niedersachsen eine Veto-Klausel gegen CO<sub>2</sub>-Lager in seinem Gebiet durchsetzte, aber beim Gas-Fracking sich offen zeigt. Das könnte an hohen Einnahmen liegen, heißt es. Die Bezirksregierung Arnberg betont, dass es in NRW derzeit nur einen Antrag überhaupt auf eine Erkundungsbohrung gibt: in Nordwalde (Kreis Steinfurt). Hier sei bisher nicht das Fracking-Verfahren beantragt worden, sagt Sprecherin Julia Beuerlein.